

# Herausforderungen der (soziologischen) Rechtsextremismusforschung: Einleitung zum Themenheft

## 1 Einleitung

Die Forschung zur extremen Rechten verläuft in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen nicht kontinuierlich, sondern konjunkturell und erfährt seit dem politischen Rechtsdrift der letzten Dekade verstärkte Aufmerksamkeit. Mit großer Dringlichkeit geführte öffentliche Debatten um den Umgang mit dem rechten Hegemoniegewinn, seine Bewertung und die Suche nach seinen Ursachen haben zu einer erhöhten Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Forschung und Expertise geführt. Die Zahl der Publikationen zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und damit zusammenhängenden Phänomenen wie Antifeminismus, Antisemitismus, Autoritarismus, Rassismus, Verschwörungsideologie oder der Frage nach Desinformation und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist sprunghaft angewachsen. Dabei hat sich das bereits zuvor heterogene und interdisziplinäre Forschungsfeld weiter ausdifferenziert.

Gleichzeitig bleibt die Forschung überwiegend prekär, stark praxisorientiert und wenig institutionalisiert. Dieses Problem betrifft auch die teils eng mit der Wissensproduktion verbundenen Handlungsfelder der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention. Ein Resultat dieser Forschungsorganisation ist, dass in einer Logik des Sich-behaupten-Müssens oftmals die Dominanz und Überlegenheit einzelner Erklärungsansätze postuliert wird, während alternative Interpretationen und Deutungsangebote dem Vergessen anheimfallen (vgl. Eicker 2021).

Aktuell ist das Forschungsfeld von sehr unterschiedlichen methodischen, theoretischen und inhaltlichen Perspektiven und Schwerpunktsetzungen geprägt. Die sozialwissenschaftlichen Kontroversen um die Bestimmung und Erklärung des Erfolgs rechter Kräfte spiegeln dabei teilweise die Positionen und Auseinandersetzungen wider, die in der breiteren politischen Öffentlichkeit ausgetragen werden. Auch wenn Sozialwissenschaft nie in einem unpolitischen Raum stattfindet, sondern stets von gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst ist, zeigt sich die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen und politischen Konjunkturen sowie wissenschaftsinternen Entwicklungen im Bereich der Rechtsextremismusforschung in besonders zugespitzter Weise.

Ein zentraler Bezugspunkt sowohl der gesellschaftlichen als auch wissenschaftsinternen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland ist die historische Erfahrung des Nationalsozialismus. Dabei zeichnet sich eine auf den ersten Blick widersprüchliche Konstellation ab, insofern die Betonung der deutschen Sonderentwicklung und die mit ihr verbundene Erinnerungskultur gleichzeitig dazu beiträgt, dass historische, institutionelle und personelle Kontinuitäten wenig thematisiert werden. Mit Blick auf die Rechtsextremismusforschung zeigt sich dies in einer Dominanz empirischer Einstellungsforschung, die eine gesellschaftstheoretisch informierte und historische fundierte Analyse des Phänomens zu meist vermissen lässt.

In der Soziologie tritt zudem eine auf die Nachkriegszeit zurückgehende institutionalisierte Arbeitsteilung hervor, in deren Folge der Rechtsextremismus lange Zeit vor allem als

Thema von Geschichts- und Politikwissenschaft behandelt wurde. Obwohl es schon früh auch soziologische Untersuchungen zu den Erfolgsbedingungen, zur Struktur und zur Wählerschaft der NSDAP gab (vgl. u. a. Geiger 1932; Fromm 1980; Institut für Sozialforschung 1936) und sich die Beschäftigung mit Formen rechter Politik und Gewalt auch in der Bundesrepublik fortsetzte (vgl. u. a. Pollock 1955; Scheuch/Klingemann 1967; Heitmeyer 1993), nahm sie im gegenwartsorientierten Feld der Soziologie lange Zeit eine marginalisierte Position ein (vgl. Schauer 2021). Den Mythos der ‚Stunde Null‘ zum Teil selbst kolportierend, hat sie die „Antwort auf die Frage der ‚Vergangenheitsbewältigung‘“ im gegenwartsorientierten „Aufbau der Bundesrepublik“ (Schelsky 1981: 77) gesehen. Aus dem Blick geriet damit, worauf Theodor W. Adorno (2003: 555 f.) bereits 1959 in „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ hingewiesen hatte: Dass „das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie potenziell bedrohlicher“ sein könnte als „das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie“.

Die aktuelle gesellschaftliche Situation, die den Rechtsextremismus wieder in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt hat, verlangt deshalb nach einer Selbstreflexion der Rechtsextremismusforschung im Allgemeinen und der soziologischen Zugänge im Besonderen. Die Beiträge des vorliegenden Heftes sind aus dem Workshop „Konjunkturen und Schwerpunkte soziologischer Rechtsextremismusforschung“ hervorgegangen, der am 14. und 15. März 2024 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main stattgefunden hat.<sup>1</sup> Organisiert wurde diese Veranstaltung vom Vorstand des *AK Sociology of the far right*, einem Arbeitskreis in der Sektion *Politische Soziologie* der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS), dessen Anspruch es ist, die methodischen und theoretischen Potenziale der Soziologie in die interdisziplinäre Rechtsextremismusforschung hineinzutragen sowie das Thema Rechtsextremismus in der Soziologie als Fachdisziplin stärker sichtbar zu machen und institutionell zu verankern.

Ziel des Workshops war es, angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen eine historische und theoretische Standortbestimmung der Rechtsextremismusforschung anzuregen und dabei insbesondere ihr Verhältnis zur Soziologie zu reflektieren. So ging es darum, die Rechtsextremismusforschung im Wechselverhältnis mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu beleuchten, aktuelle Debatten um Begriffe, Erklärungsansätze und methodologische Fragen abzubilden sowie die institutionelle Situation der Rechtsextremismusforschung in einem nach wie vor unterfinanzierten, von Drittmittelabhängigkeit und prekären Arbeitsbedingungen geprägten Wissenschaftsbetrieb zu diskutieren. Auch Gefährdungen für die Rechtsextremismusforschung im Zuge parlamentarischer Rechtsverschiebungen wurden in den Blick genommen, da insbesondere in Ostdeutschland die Finanzierung der Forschungsinstitutionen, die im Zuge der Debatten um den NSU-Komplex entstanden sind,<sup>2</sup> durch das Erstarken der AfD perspektivisch infrage steht. Strukturell betrifft der rechte Backlash vorrangig auch Gender- und Rassismusforschung.

1 Besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Sektion Politische Soziologie in der DGS, das Promotionskolleg „Dialektik der Teilhabe – Dynamiken sozialräumlicher Öffnung und Schließung“ der Hans-Böckler-Stiftung sowie das Institut für Sozialforschung für die finanzielle und organisatorische Unterstützung.

2 Dazu gehören das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena, die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) an der Universität Potsdam, das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) an der Universität Leipzig sowie das Institut für demokratische Kultur (IdK) an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

## 2 Konjunkturen der Rechtsextremismusforschung in der jüngeren Geschichte

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die parallele Entwicklung der extremen Rechten und der Rechtsextremismusforschung seit der politischen Wende von 1989/90 und greifen einige der zentralen Diskussionspunkte und offenen Fragen auf, die wir im Workshop diskutiert haben. Im Hinblick auf ein breiteres öffentliches Bewusstsein für die extreme Rechte war die politische Wende von 1989/90 ein Weichensteller und Katalysator. Bis heute sind Ost-West-Vergleiche ein zentrales Deutungsschema, das auch medial häufig aufgegriffen wird.

### 2.1 Baseballschlägerjahre, „Aufstand der Anständigen“ und Extremismusdebatte

Die deutschen Rechtsextremismus-Debatten in den 1990er-Jahren und Nullerjahren sind sehr stark durch die Erfahrungen mit rechter Gewalt und dem jugend- und subkulturell orientierten Neonazismus geprägt. Vor allem in den neuen ostdeutschen Bundesländern kämpften nach der politischen Wende vielerorts Rechtsextreme für „national befreite Zonen“, die in neonazistischen Strategiediskussionen dieser Zeit gefordert worden waren und in denen Neonazis teils ungestraft Macht und Gewalt ausüben konnten. Der Journalist Christian Bangel (2022) hat die Erinnerung an diese Zeit der temporären Anomie vor wenigen Jahren unter dem pointierten Begriff der „Baseballschlägerjahre“ wieder in die öffentliche Debatte zurückgeholt. Staatliche Stellen gehen für den Zeitraum von 1990 bis Dezember 2020 von 106 rechtsextrem motivierten Tötungsdelikten aus (vgl. Deutscher Bundestag 2020), Opferberatungsstellen nennen deutlich höhere Zahlen von 219 Todesopfern rechter Gewalt (vgl. Amadeu Antonio Stiftung o. J.). Das Osloer Center for Research on Extremism (C-REX) führt in seiner Datenbank 137 Fälle.<sup>3</sup>

In den Kontext dieser entgrenzten Gewalt gehören auch die pogromartigen Ausschreitungen gegen Geflüchtete und Migrant:innen in Hoyerswerda/Wojerecy (1991), Hünxe (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992) und Solingen (1993). Rassistische Ausschreitungen unter maßgeblicher Beteiligung jugendlicher Neonazis gab es in beiden deutschen Staaten jedoch bereits in den 1980er-Jahren. Während westdeutsche Politikwissenschaftler:innen zur Situation in der BRD recht früh Untersuchungen vorlegten (vgl. Dudek/Jaschke 1982; Paul 1990), blieb die neonazistische Szene der DDR bis zu deren Ende eine Verschlusssache der Staatssicherheit und konnte erst in den 1990er-Jahren unabhängig erforscht werden (vgl. Waibel 1996).

Nach der politischen Wende und der weiteren Verschärfung rechtsextremer Mobilisierungen und Gewalt stieg auch das wissenschaftliche Interesse am Rechtsextremismus. Die Anzahl der Publikationen zum Thema verdoppelte sich in den Jahren 1993 und 1994, wobei viele Arbeiten das Erstarken des Rechtsextremismus unter Rückgriff auf Sozialisations- und Desintegrationstheorien zu erklären suchten (vgl. Frindte et al. 2016: 27, 35). Zudem erlebte das Autoritarismus-Konzept in den 1990er-Jahren eine Renaissance (vgl. ebd.: 43–45). Die Dominanz von Erklärungsansätzen, die rechtsextreme Einstellungen unter Rückgriff auf die

3 Das Right-Wing Terrorism and Violence (RTV) Dataset ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/groups/rtv-dataset/>.

Figur des „Modernisierungsverlierers“ an Deprivationserfahrungen binden oder über autoritäre Sozialisationserfahrungen aufzuschlüsseln suchen, lässt sich auch als Reaktion auf die realpolitischen Herausforderungen der Integration der vormaligen Gebiete der DDR in die bereits etablierten Strukturen der alten Bundesrepublik begreifen. Andere Ansätze erfuhren weit weniger öffentliche Resonanz, etwa die Abwertung von Fremden durch eine vorherrschende „Dominanzkultur“ zu erklären (vgl. Rommelspacher 1995) oder die Bedeutung rechter Jugendgruppen als Deutungs- und Identitätsgemeinschaften im Anschluss an die soziologische Bewegungsforschung (vgl. Jaschke 1993; Koopmans/Rucht 1996) herauszustellen.

In der politischen Förderlandschaft sollte mit dem „AgAG – Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ die rechte Gewalt durch die Förderung von Jugendarbeit eingeeht werden. In der Praxis der Sozialen Arbeit dominierte in den 1990er-Jahren das von Franz Josef Krafeld entwickelte und später in der tatsächlichen Umsetzung sehr scharf kritisierte Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“, das den Anspruch formulierte, rechte Jugendliche durch niedrigschwellige Beteiligung und Anerkennung wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Soziale Gegenbewegungen organisierten sich in antifaschistischen und antirasistischen Gruppen und Bündnissen (vgl. Jänicke/Paul-Siewert 2022), während rechtsextreme Gewalt in der politischen Öffentlichkeit häufig als Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Jugendbänden entpolitisiert wurde.

Die gesellschaftlichen Debatten dieser Zeit waren stark durch asyl- und migrationsfeindliche Positionen geprägt, die 1993 zum sogenannten „Asylkompromiss“ führten – der Neuregelung und Verschärfung des Asylrechts, in das u. a. das Prinzip der „sicheren Drittstaaten“ sowie ein eigenständiges Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen wurden. Im Nachgang dieser Debatten intervenierte 1994 das publizistische Umfeld der Neuen Rechten mit dem Sammelband „Die selbstbewußte Nation“ (vgl. Schwilk/Schacht 1994), um ein neues Nationalgefühl und eine nationale Identität zu begründen (vgl. Kämper 2005; Havertz 2008). Als Reaktion darauf setzten sich ab Mitte der 1990er-Jahre viele Publizist:innen in Publikumsbüchern kritisch mit der Neuen Rechten auseinander. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) legte bereits Anfang der 1990er-Jahre Analysen zu Rassismus und Rechtsextremismus sowie diskursanalytische Studien zur Ethnisierung von Sexismus, zum Verhalten von rechtsextremen Mandatsträger:innen sowie umfangreiche Medienanalysen der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ vor (vgl. Foitzik et al. 1992; Kellershohn 1994; Jäger 1996). In Reaktion auf die rechtsextreme Gewalt erfolgte zudem eine Reihe repressiver staatlicher Maßnahmen wie das Verbot von 15 neonazistischen Vereinigungen bis zum Jahr 2000. Die rechtsextreme Szene reagierte darauf mit Dezentralisierung, einer Reorganisation in Kameradschaften sowie mit konspirativen Organisationsweisen (vgl. Quent 2016: 194).

Mit der Jahrtausendwende verändert sich der politische und gesellschaftliche Umgang mit Rechtsextremismus grundlegend. Nach der Ermordung von Alberto Adriano im Juni 2000, einem Handgranatenattentat in Düsseldorf im Juli 2000 und dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den „Aufstand der Anständigen“ aus, an dem sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen mit Lichterketten und Demonstrationen beteiligen. In der Folge legte die rot-grüne Bundesregierung das Förderprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ auf, das die bis heute anhaltende Projektfinanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Prävention von Rechts-

extremismus und der Förderung von Demokratie einleitete. Durch Beschluss der Innenministerkonferenz wurde 2001 zudem das neue Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität (PMK)“ bundesweit einheitlich eingeführt, das staatliche Stellen seitdem zur Dokumentation von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten nutzen und das laufend aktualisiert wird. Zugleich wurde die politische Repression gegen den Rechtsextremismus verschärft und von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung der erste Antrag auf Verbot der NPD eingebracht, der 2003 scheiterte. Im Jahr darauf gelang der NPD in Sachsen der erste Einzug in ein Landesparlament seit 1968.

Im Gegensatz zu den Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden, die schon länger über eine für sie zweckmäßige Terminologie verfügen, sind die sozialwissenschaftlichen Debatten seit Langem durch Definitionsdebatten geprägt.

„Der Begriff Rechtsextremismus ist in den Sozialwissenschaften umstritten und unklar. Es existiert keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus. Allein die amtliche Terminologie der Verfassungsschutzämter kann als einigermaßen konzise bezeichnet werden, eignet sich aber nur bedingt für die Zwecke der Sozialforschung, der Sozialarbeit und der politischen Bildung“,

hielt Richard Stöss (2005: 13) diesbezüglich fest. Wie Frindte et al. (2016: 52) schreiben, kristallisiert sich in den Debatten allmählich eine „Konsensdefinition“ heraus, die Rechtsextremismus als ein auf Ungleichheitsvorstellungen beruhendes Einstellungsmuster versteht, auf deren Grundlage dann verschiedene Skalen zur Messung von rechtsextremen Einstellungen entwickelt wurden. Zu nennen sind hier insbesondere die Leipziger Mitte-Studien unter der Leitung von Oliver Decker und Elmar Brähler, die 2006 erstmals erschienen sind, sowie die zwischen 2002 und 2011 durchgeführte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer. In beiden Studienreihen wurde die in den Sicherheitsbehörden verbreitete Extremismustheorie kritisiert (vgl. Ackermann et al. 2015), die – so die Kritik – keine klare Trennung von Einstellungen und Handlungen vornimmt und die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ unberücksichtigt lässt.

Während der Legislatur der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009 bis 2013 beschäftigte die kritische Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteur:innen der politischen Bildung. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde der Rechtsextremismusbegriff problematisiert und durch Äquivalente wie „extreme Rechte“ oder die durch die Einstellungsstudien popularisierten Konzepte des „Autoritarismus“ und der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“ ersetzt. Dieser Hegemoniekampf zwischen zivilgesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Akteur:innen und Paradigmen kulminierte 2011 in der Einführung der sogenannten „Demokratieerklärung“ oder „Extremismusklausel“ durch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) (vgl. Burschel et al. 2013). Die Erklärung sah vor, die Empfänger:innen von Bundesmitteln im Bereich der Demokratieförderung zu einem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie zur Überprüfung von Kooperationspartner:innen zu verpflichten. Diese Praxis wurde vom Dresdner Verwaltungsgericht im April 2012 für rechtswidrig erklärt. Danach nahm die Intensität der Debatte merklich ab. Obwohl einige Publikationen nach wie vor ausschließlich die Terminologie „extreme Rechte“ verwenden, wird seitdem auch der Rechtsextremismusbegriff wieder deutlich pragmatischer gehandhabt.

Viele deutschsprachige Debatten in den Nullerjahren waren sehr stark durch die Besonderheiten der deutschen Verfassungsschutzbehörden auf der einen und der über Bundes- und Landesprogramme geförderten Zivilgesellschaft auf der anderen Seite geprägt. Eine

sanfte Internationalisierung vollzog sich in den 2010er-Jahren durch die vergleichende Analyse von rechtspopulistischen Parteien, rechtsterroristischen Anschlägen, neuen außerparlamentarischen Protestbewegungen sowie durch den Bedeutungszuwachs sozialer Medien.

## 2.2 Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus

In den 2010er-Jahren war die Forschung vom Machtzuwachs alter und neuer rechter Akteur:innen, Parteien und Bewegungen sowie Diskursverschiebungen geprägt. Die Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ im August 2010 markiert in dieser Hinsicht ein zentrales Diskursereignis für die Normalisierung rassistischer Positionen im gesellschaftlichen Mainstream und die Neugründung von rechten Alternativmedien (vgl. Weiß 2011; Schilk 2017).

In Folge der 2007 beginnenden Wirtschafts- und Finanzmarktkrise konnten häufig als populistischer Typus charakterisierte rechte bis rechtsextreme Parteien Machtgewinne verbuchen (vgl. Mudde 2007). Unter anderem erlangte das von Victor Orbán geführte Parteienbündnis bei der ungarischen Parlamentswahl 2010 erstmals eine absolute Mehrheit. Zugleich mussten traditionsreiche bürgerlich-konservative Parteien Machtverluste hinnehmen und sind in einigen Ländern wie Frankreich und Italien in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden (vgl. Biebricher 2023). In den Zweiparteiensystemen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten fand die Rechtsentwicklung hingegen innerhalb der konservativen Parteien statt und führte 2016 zu zwei Ereignissen, die für die neuen politischen Kräfteverhältnisse Symbolcharakter hatten: zum Brexit-Referendum, bei dem nach monatelangen Kampagnen von rechts eine Mehrheit für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU stimmte, und zur Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten.

In anderen Ländern kam es zur Formierung neuer rechter Parteien und Bewegungen. 2013 gründete sich die Alternative für Deutschland (AfD) in Reaktion auf die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgelegten Eurobonds; im gleichen Jahr entstand mit den sogenannten „Lichtläufen“ im sächsischen Schneeberg (asylfeindliche Demonstrationen aus dem Umfeld der NPD) der Prototyp für die im Jahr darauf entstehende PEGIDA-Bewegung. Auch die aus der Modernisierung der neonazistischen Kameradschaftsszene und der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ hervorgegangene „Identitäre Bewegung“ machte ab 2012 in Deutschland mit medienwirksamen Aktionen auf sich aufmerksam (vgl. Sieber 2016; Bruns et al. 2017). Aus dieser Gemengelage differenzierte sich insbesondere in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre ein „metapolitisch“ ausgerichtetes Netzwerk an Organisationen, Thinktanks, Publikationsorganen und Online-Akteur:innen aus, die die Ideologeme und Narrative der „Neuen Rechten“ bis heute zirkulieren und in die breitere Öffentlichkeit tragen. Rassistisch und antisemitisch aufgeladene Untergangerzählungen wie „Islamisierung“, „Überfremdung“ und „Großer Austausch“ sowie kulturkämpferische Rhetorik gegen „Gender“ und „Kulturmarxismus“ sickerten in den gesellschaftlichen Mainstream.

Vielorts mündete die auch global zu beobachtende diskursive Eskalation in einer Zunahme rechter Gewalt bis hin zu rechten Terroranschlägen. In Oslo und Utøya verübte Anders Breivik 2011 einen rechtsterroristischen Massenmord, der zu einem Prototyp für eine neue Form von Terrorismus wurde und die späteren Täter von München (2016), Christchurch (2019), Halle (2019) und Hanau (2020) beeinflusste. Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass sich die männlichen Täter im Internet weitgehend unabhängig von organisationalen Zusam-

menhängen radikalisiert hatten und mit ihrer Tat auf eine Selbstdarstellung im digitalen Raum zielten (vgl. Baeck/Speit 2020). Aber auch Anhänger:innen rechtsaffiner Online-Subkulturen, etwa der Incel-Bewegung, begingen ab 2014 zahlreiche Terroranschläge (vgl. Kracher 2020).

Für die Befassung mit Rechtsextremismus war vor allem die unfreiwillige Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 eine Zäsur. Untersuchungsausschüsse und Gerichtsverfahren, aktivistische Recherchen, investigativer Journalismus und Forschungsarbeiten legten u.a. Radikalisierungsdynamiken, Netzwerke sowie Verstrickungen zwischen Rechtsextremismus und Behörden offen. Rassismuskritische Stimmen und Betroffenenperspektiven werden seitdem stärker beachtet. Umfassende Handlungsempfehlungen fanden Eingang in Institutionen und Politik. Das Behördenversagen führte zudem zu einem Reputationsverlust der Verfassungsschutzämter, auf den die Behörde mit internen Umstrukturierungen reagierte. So wurde 2021 das Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF) mit dem Ziel eingerichtet, stärkeren Austausch und Kooperationen mit Wissenschaftler:innen zu ermöglichen. Aufseiten der Wissenschaft stieß die Initiative des Verfassungsschutzes jedoch auf Skepsis und Kritik, da eine Vermischung von sicherheitspolitischen und wissenschaftlichen Logiken befürchtet wurde.<sup>4</sup> Im Zuge der Aufarbeitungen entstanden in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg neue Forschungsinstitutionen (IDZ Jena, EJGF Potsdam, EFBI Leipzig, IREX Tübingen). Auf Bundesebene wurde als Reaktion auf den NSU-Komplex ein neues Verbotverfahren gegen die NPD eingeleitet, das 2017 als solches scheiterte, jedoch die Grundlagen für den Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung für die rechtsextreme Partei legte.

In Reaktion auf die rechtsextremen Anschläge in Hanau und Halle berief die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel im Mai 2020 außerdem einen Kabinettsausschuss gegen Rassismus und Rechtsextremismus ein, der innerhalb von 14 Monaten ein umfassendes Papier mit 89 Gegenmaßnahmen erarbeitete. Dazu zählte auch die Stärkung der Forschung, was zu einigen bundesgeförderten Forschungsprojekten sowie zur Gründung der Wissensnetzwerke für Rassismusforschung und für Rechtsextremismusforschung (WinRa und Wi-REX) führte. Wie schon in den 1990er-Jahren bestätigte sich das Muster vorwiegend projektförmiger Reaktionen auf extrem rechte Gewalt. Ein anderer Umgang erfolgte in Norwegen, wo nach Breiviks Anschlag bereits 2015 das Osloer Center for Research on Extremism (C-REX) an der Universität Oslo eingerichtet wurde.

Die umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung zum Erstarren von rechten Bewegungen gelangte sowohl auf der Ebene der empirischen Befunde als auch der theoretischen Deutung zu unterschiedlichen Einschätzungen. Auffällig ist, dass die neuen rechten Akteur:innen vor allem in der Politikwissenschaft eher selten als rechtsextrem bezeichnet, sondern meist unter dem Begriff des Populismus oder in den Registern des nur schwer übersetzbaren Überbegriffs „Far Right“ diskutiert wurden (u. a. Mudde 2007; 2019; Müller 2016; Norris/Inglehart 2018; für einen Überblick über die politikwissenschaftliche Forschung vgl. Heinze 2022). Als Far Right gelten dabei „those on the right who are ‚anti-system‘, defines here as hostile to liberal democracy“ (Mudde 2019: 7). Laut Cas Mudde gehören sowohl die extreme als auch die radikale Rechte dazu (vgl. ebd.). Dieses Verständnis unterscheidet sich gravierend von der Terminologie der deutschen Verfassungsschutzämter, die die radikale Rechte noch innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verorten. Rechtspopulismus hingegen wurde von vielen Autor:innen explizit in Abgrenzung zum Rechtsextremismus defi-

4 Ein Einspruch, den auch einige Mitglieder des AK Sociology of the far right unterzeichnet haben, kann eingesehen werden unter: <https://form.jotform.com/212262347185050>.

niert – auch wenn schnell deutlich wurde, dass zwischen der extremen und populistischen Rechten zahlreiche ideologische, aber auch personelle und institutionelle Verbindungen und Überschneidungen bestehen. Zudem zeichnete sich der vorherrschende Populismusbegriff durch eine formalistische Schlagseite aus, da er die neuen politischen Akteur:innen primär über ihren Hang zur Vereinfachung komplexer Sachverhalte und emotionalisierende Rhetorik definierte, während den bei aller Heterogenität dennoch erkennbaren inhaltlichen Motiven weniger Aufmerksamkeit zuteilwurde. Lediglich eine „dünne Ideologie“ (Mudde 2004) wurde als gemeinsamer Nenner aller Rechtspopulist:innen identifiziert.

Bei der Frage nach den gesamtgesellschaftlichen Ursachen des global erstarkenden Rechtspopulismus drehte sich die Auseinandersetzung vor allem um die Frage, ob materielle Faktoren, also etwa die ökonomischen Interessen der „Modernisierungsverlierer“ (vgl. Spier 2010; Manow 2018), oder aber psychologische und kulturelle Motive – etwa die empfundene Bedrohung des eigenen Lebensstils durch einen hegemonialen Kosmopolitismus oder eine überbordende Identitätspolitik (vgl. Goodhart 2017; Merkel 2017; Reckwitz 2017) – für die Anhänger:innen des Rechtspopulismus ausschlaggebend seien. Dabei wurde häufig auch auf Argumentationsfiguren zurückgegriffen, die bereits in früheren sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen eine Rolle gespielt hatten – etwa in der Debatte um die in den 1990er-Jahren hegemoniale Desintegrationstheorie mit ihrer Fokussierung auf Deprivationserfahrungen –, ohne dass solche Verbindungslinien reflektiert oder kommentiert worden wären.

Hier zeigt sich ein grundsätzliches Problem der (soziologischen) Rechtsextremismusforschung, in der nur selten eine kritische Einordnung neuer Arbeiten in die bereits bestehende Forschungslandschaft stattfindet. In den jüngeren Auseinandersetzungen war zudem eine enge Verbindung von sozialwissenschaftlichen Einschätzungen und politischen Positionierungen und Folgerungen zu beobachten, etwa in der breit geführten Debatte, ob sich die politische Linke zu sehr von den Interessen der Lohnabhängigen entfernt und damit eine „Repräsentationslücke“ eröffnet habe, die von Rechtspopulist:innen erfolgreich adressiert werden kann (vgl. u. a. Eribon 2016; Hochschild 2016; Jörke/Nachtwey 2017; Mouffe 2018). An der Verwendung des Populismusbegriffs in den öffentlichen Debatten lässt sich weiterhin kritisieren, dass er eine ähnliche Selbstversicherungsfunktion für die „bürgerlichen Mitte“ erfüllt wie bereits zuvor der Extremismusbegriff. Eine analoge Kritik gegenüber der Populismusforschung formulieren auch jüngere affekttheoretische Arbeiten (vgl. Ahmed 2014; Spissinger 2024).

Genuin soziologische Annäherungen an das Phänomen waren in den intensiv geführten Populismus-Debatten mit Ausnahme von Karin Priester (2007) kaum präsent und wurden erst deutlich später vorgelegt (u. a. Roepert 2022; Rhein 2023). Andere Ansätze, die etwa auf den rassistischen Gehalt des Rechtspopulismus hinwiesen (vgl. u. a. Mondon 2022; Quent 2025 i.E.), wurden ebenfalls wenig rezipiert. In den letzten Jahren geriet, bedingt durch die weltweiten Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien oder Rechtsaußen-Parteien, zunehmend das „Mainstreaming“ oder die „Normalization“ rechter Ideologeme in den Blick der Forschung (vgl. Moffitt 2022; Brown et al. 2023). Das spiegelt sich in einer deutlichen Zunahme von Medien-, Diskurs- und Netzwerkanalysen wider.

### 2.3 Hybridisierung des Rechtsextremismus oder Ausdifferenzierung der Rechtsextremismusforschung?

Ausgehend von Überlegungen zum medientechnischen Wandel wird die Strategie (extrem) rechter Akteur:innen zuletzt verstärkt unter dem Stichwort der „Hybridisierung“ (vgl. u. a. Önnersfors 2021; Hemmila/Perliger 2024; Kiess/Nattke 2024) verhandelt. Dazu gehören das Ineinandergreifen von Organisations- und Artikulationsformen, die übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen trotz inhaltlicher Differenzen sowie die internationale Vernetzung. In der Folge erscheinen sowohl das Phänomen des Rechtsextremismus im Ganzen als auch einzelne Akteur:innen oft diffus. Neu gebildete Bündnisse, veränderte Erscheinungsformen und neu erschlossene Themenfelder fordern die Forschung heraus und fördern neue Betrachtungsweisen.

So lenkten die Debatten um die Kölner Silvesternacht (2015/2016), die Proteste in Kandel (2018) und der Versuch der rechten Online-Kampagne #120db (2018) erneut den Fokus auf weibliche Akteurinnen in der extremen Rechten und schärften den Blick für Geschlechterfragen als politisches Handlungsfeld (vgl. u. a. AK FE-in 2010; Haas 2020, Wielens 2019, Jäger et al. 2019, Dietze 2020). Die Covid-19-Pandemie offenbarte deutlich die sichtbare personelle Verschränkung von (Neo-)Nazismus, Esoterik und dem verschwörungsideologischen Spektrum (vgl. Lamberty/Nocun 2022; Baker 2022; Amlinger/Nachtwey 2022). Nach der russischen Vollinvasion der Ukraine drängen sich Fragen nach dem autoritären und faschistischen Charakter des Putins-Regimes sowie nach den Verflechtungen des globalen Rechtsextremismus und russischen Desinformationskampagnen auf (vgl. Umland 2008; Garner 2023; Schwenck 2024). Nicht zuletzt zeigen Debatten um „Cancel-Culture“, „Klimahysterie“ und „Wokismus“, wie sich etablierte konservative Parteien zunehmend radikalieren. Die Grenzen zwischen Konservatismus, traditioneller und extremer Rechter werden fluider, womit terminologische Herausforderungen verbunden sind (vgl. u. a. Strobl 2021; Schilk 2024). Die Veränderung des Feldes, rechte Wahl- und Rekrutierungserfolge sowie Diskursverschiebungen zeigen daher die Notwendigkeit, die extreme Rechte als gesamtgesellschaftliches Phänomen interdisziplinär in den Blick zu nehmen.

Die Ereignisse und Themenbereiche ließen sich weiter fortführen. Diese knappe und notwendigerweise unvollständige Skizze zeigt bereits einige der politischen und gegenstandsbezogenen Entwicklungen und ihre Rückwirkung auf die Forschungslandschaft. Die verstärkte Betätigung auf Social Media etwa ermöglicht einerseits einen einfacheren Feldzugang, wirft andererseits aber auch methodologische Fragen auf. In den letzten Jahren erschien eine Reihe an Studien, die sowohl die Binnenperspektive rechter Online-Sphären fokussieren als auch Auswirkungen von medialen Strukturveränderungen diskutieren (vgl. u. a. Fielitz/Marcks 2020; Strick 2021; Leidig 2023). Neben der Analyse von „Big Data“ werden zunehmend ethnografische Ansätze sowie Bildanalysen genutzt, um die „Hybridisierung“ gegenstandsangemessen zu erforschen (vgl. u. a. Rösch 2023).

Ebenfalls ist zu beobachten, dass die gesteigerte Sichtbarkeit rechter Allianzen einen verstärkten Fokus auf ‚Schnittstellen‘ oder ‚Brücknideologien‘ wie Esoterik oder Antifeminismus in der Forschung nach sich zieht. Zugleich zeigt sich – nicht zuletzt durch die Zunahme von rechten Angriffen auf sozialwissenschaftliche Fächer –, dass sich weitere Forschungsfelder intensiver mit der extremen Rechten beschäftigen (exemplarisch für die Gender Studies Hark/Villa 2015), wodurch sich das Feld der Rechtsextremismusforschung weiter ausdifferenziert. Während durch die veränderte Forschungslandschaft neue Facetten

des Phänomens in den Blick geraten, besteht dadurch auch die Gefahr, dass älteres Wissen der Rechtsextremismusforschung in den Hintergrund tritt. Dieser Effekt verstärkt sich durch die Projektförmigkeit von Forschung und Zivilgesellschaft, die ständig Innovationen produzieren müssen, um unter dem Innovationsdruck des neoliberalen Projektkapitalismus bestehen zu können. So bleibt offen, ob die extreme Rechte ihre Strategien wirklich „hybrider“ als früher gestaltet oder ob sich nicht vielmehr die Perspektive auf das Phänomen gewandelt hat.

### 3 Ausblick: Herausforderungen für die Rechtsextremismusforschung

Rechtsextremismusforschung ist stark von politischen Trends und Förderinstrumenten abhängig. Eine drittmittelunabhängige Institutionalisierung ist mit sehr wenigen Ausnahmen (zu nennen ist insbesondere das 2023 gegründete Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen) nicht vorhanden. Umgesetzt werden vor allem anwendungsbezogene Forschungsprojekte, Grundlagenforschung existiert nur randständig. Die starke Abhängigkeit befördert immanente Probleme, mit denen die Rechtsextremismusforschung zu kämpfen hat. Mit Blick auf die jüngeren Entwicklungen und durchaus im Kontrast zu den Anfängen soziologischer Rechtsextremismusforschung (u. a. Horkheimer/Adorno 2003; Elias 1992; Mannheim 1984; Parsons 1993) sticht zunächst ein Defizit an Gesellschaftstheorie und historischer Verortung ins Auge, das einerseits der Dominanz der empirischen Einstellungsforschung geschuldet ist, sich andererseits aber auch auf den modernisierungstheoretischen Bias der allgemeinen soziologischen Theorie zurückführen lässt.

Aktuell wird die Vielzahl an vorhandenen Erklärungsansätzen nur selten systematisiert. Das wird durch eine Forschungs- und Publikationspraxis verstärkt, in der sich neuere Arbeiten nur selten um eine umfassende Diskussion vorangegangener Forschungsergebnisse bemühen. Die Rechtsextremismusforschung ist deshalb durch ein hohes Maß von Vergesslichkeit geprägt. Dieses Problem wiederholt sich auf der Ebene der kategorialen Einordnung. Weder liegen für zentrale Begrifflichkeiten einheitliche Begriffsverständnisse vor noch leiten sich Begriffskonjunkturen in der Regel aus inhaltlichen Erwägungen ab. Selbst dort, wo wie beim Rechtsextremismusbegriff eine Konsensdefinition etabliert wurde, bleibt unklar, „auf welchen theoretischen Prämissen oder Konzeptionen diese Definition aufbaut“ (Frindte et al. 2016: 52).

Methodologisch sieht sich die Rechtsextremismusforschung vor die Aufgabe gestellt, innovativ auf feldspezifische Herausforderungen wie den erschwerten Datenzugang, die Qualität von Sekundärdaten sowie auf die Gefahren während des Forschungsprozesses zu reagieren. Zugleich fehlt es an einer breiten methodologischen Debatte, in der auch reflektiert wird, wie sich die Methodenwahl auf den zu erforschenden Gegenstand und die Theoriebildung auswirkt. Auch wird es in Zukunft noch stärker um die Frage gehen müssen, wie sich sinnvoll eine internationale Vergleichsperspektive einnehmen lässt. Lag das Problem lange Zeit im Mangel einer solchen Perspektive, ist die Populismus-Debatte mittlerweile durch die internationale Ausrichtung derart vorgeprägt, dass länder- und regionalspezifische Kontexte oft vernachlässigt werden. Die wahrscheinlich größte gegenstandsbezogene Herausforderung für die zukünftige Rechtsextremismusforschung dürfte darin liegen, dass das Forschungsfeld nicht nur interdisziplinär, sondern transdisziplinär ausgerichtet ist. Ein fundiertes Verständnis

des Rechtsextremismus ist ohne geschichts- und politikwissenschaftliche sowie (sozial-)psychologische Bezüge kaum möglich. Empirische Zugänge und Befunde über rechtsextreme Szenen hängen zudem von aktivistischer und journalistischer Expertise ab.

Trotz steigender Relevanz und neuen Forschungseinrichtungen ist schlimmstenfalls jedoch keine Stärkung, sondern eine institutionelle Schwächung der transdisziplinären Rechtsextremismusforschung zu befürchten. Über die allgemeinen Strukturprobleme des deutschen Wissenschaftsbetriebs hinaus fehlen mangels Schwerpunktprofessuren und dauerhaft gesicherter Institute mittelfristig Karriereperspektiven in der Wissenschaft – seien es Professuren oder unbefristete Mittelbaustellen. Die notwendige politische Dimension des Themenfeldes, in dem neben öffentlichen und politischen Anfeindungen auch persönliche Bedrohungen gegen Wissenschaftler:innen vorkommen, steigert die Attraktivität des Feldes nicht.

Es ist deshalb überfällig, dass weitere Fachgemeinschaften, Hochschulen und Wissenschaftsministerien die Relevanz des Feldes erkennen und zuverlässige Forschungsstrukturen schaffen. Dies ist nicht nur von hoher Praxisrelevanz für Politik, Bildungswesen, Soziale Arbeit, Justiz, Verwaltung und Behörden, sondern auch notwendig, um die für die Weiterentwicklung anderer Forschungsrichtungen notwendigen Rahmenbedingungen für gute Grundlagenforschung zu schaffen – insbesondere mit Blick auf von Wissenschaftsfeindlichkeit, Aggressionen, Vorurteile, Misstrauen und Desinformation geprägte soziale Umfelder, in denen die Rechtsextremismusforschung Expertise und Handlungswissen bereitstellen kann. Ein solcher Ausbau scheint angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage jedoch nicht wahrscheinlich. Im Gegenteil sind die jungen und prekär finanzierten Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland durch das Erstarken der AfD und deren wachsenden Einfluss auf die Politik der Länder existenziell bedroht. Die dauerhafte Abhängigkeit von politischem Wohlwollen in stark politisierten Forschungsfeldern beeinflusst unabhängig davon schon jetzt Themensetzungen und führt im schlimmsten Fall zu vorausgehendem Gehorsam oder Selbstzensur. Diese Effekte gelten in ähnlicher Weise für die staatlich finanzierte und projektgebundene Zivilgesellschaft, die im Zentrum rechter Kampagnen steht.

#### 4 Über diesen Band

Diese und weitere Fragen wurden beim Workshop „Konjunkturen und Schwerpunkte soziologischer Rechtsextremismusforschung“ im März 2024 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main diskutiert. Für das vorliegende Schwerpunktheft der ZRex wurden einige Beiträge dieses Workshops ausgearbeitet und dem üblichen Double-Blind-Peer-Review-Verfahren unterzogen. Wir danken allen Teilnehmenden der Veranstaltung für die lebhaften Diskussionen, den Reviewer:innen für ihre Unterstützung und dem Herausgeber:innenkreis der ZRex für die Möglichkeit dieses Schwerpunkts.

Der Vorstand des *AK Sociology of the far right* möchte mit dem Themenschwerpunkt des ZRex-Heftes dazu motivieren, Diskussionen um eine (Neu-)Ausrichtung (soziologischer) Rechtsextremismusforschung anzustoßen, die auch durch kommende Beiträge in der ZRex weitergeführt werden können.

Das Heft ist in folgende Themenbereiche gegliedert: **1) Reflexionen über Dimensionen, Konzepte und Gegenstände soziologischer Rechtsextremismusforschung.** Hierzu finden sich im Heft die Beiträge von Viktoria Kamuf, Matthias Meyer, Hannah Mietke & Denis van de Wetering: *Wissenstransfer in der Rechtsextremismusforschung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion, Praxisrelevanz und politischem Anspruch: Reflexionen im Anschluss an zwei Befragungen*, Holger Oppenhäuser: *Populismus, Radikalisierung, Normalisierung? Normalistische Konzepte in der neueren deutschen Rechtsextremismusforschung*, David Meier-Arendt: *Soziologische Rechtsextremismusforschung: vom Staatsschutzdispositiv zur Gesellschaftsanalyse?* sowie Lotta Mayer & Markus Lang: *What we should be asking: Grundsätzliche Überlegungen zu einem Forschungsprogramm für die soziologische Rechtsextremismusforschung.* **2) Historische und wissenssoziologische Reflexion.** Diesem Thema widmen sich Marc Blüml: *Agitation in der Spätmoderne: Löwenthals Prophets of Deceit in Reflektion spätmoderner Sozialcharaktere* und Moritz Golombek: *Eine Soziologie rechter Vergangenheit? Geschichte und Erinnerung als interdisziplinäre Anknüpfungspunkte einer soziologischen Rechtsextremismusforschung.* **3) Interventionen im Blick soziologischer Rechtsextremismusforschung.** Mit diesem Thema beschäftigt sich der Beitrag *Mehr als Feuerwehr?! Konjunkturen und Widersprüche der gesellschaftlichen Bearbeitung autoritärer Bewegungen am Beispiel der Mobilen Beratung gegen rechts* von Paul Erxleben.

Wir wünschen eine anregende Lektüre

Matthias Quent, Leo Roepert, Viktoria Rösch, Alexandra Schauer & Felix Schilk

## Literatur

- Ackermann, Jan; Behne, Katharina; Buchta, Felix; Drobot, Marc & Knopp, Philipp (2015). *Metamorphosen des Extremismusbegriffes: Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Adorno, Theodor W. (2003). Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In Theodor W. Adorno, *Kulturkritik und Gesellschaft II. Gesammelte Schriften 10.2* (S. 555–572). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ahmed, Sara (2014). *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- AK-Fe.In, Autor\*innenkollektiv „Feministische Intervention“ (2019). *Frauen\*rechte und Frauen\*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Amadeu Antonio Stiftung (o.J.). *Todesopfer rechter Gewalt*. Zugriff am 10. Dezember 2024 unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt>.
- Amlinger, Carolin & Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Umland, Andreas (Hrsg.). (2008). *Theorizing Post-Soviet Russia's Extreme Right: Comparative Political, Historical and Sociological Approaches*. Armonk: M. E. Sharpe.
- Baeck, Jean-Philipp & Speit, Andreas (Hrsg.). (2020). *Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Baker, Stephanie A. (2022). Alt. Health Influencers: how wellness culture and web culture have been weaponised to promote conspiracy theories and far-right extremism during the COVID-19 pandemic. *European Journal of Cultural Studies*, 25(1), S. 3–24. <https://doi.org/10.1177/13675494211062623>

- Bangel, Christian (2022). #baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten. Aus Politik und Zeitgeschichte, 72 (49–50), S. 4–9.
- Biebricher, Thomas (2023). Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus. Berlin: Suhrkamp.
- Brown, Katy; Mondon, Aurelien & Winter, Aaron (2023). The Far Right, the Mainstream and Mainstreaming: Towards a Heuristic Framework. Journal of Political Ideologies, 28(2), S. 162–179. <https://doi.org/10.1080/13569317.2021.1949829>
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin & Strobl, Natascha (Hrsg.). (2017). Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster: Unrast Verlag.
- Burschel, Friedrich; Schubert, Uwe & Wiegel, Gerd (Hrsg.). (2013). „Der Sommer ist vorbei ...“. Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismusklausel“: Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“. Münster: Edition Assemblage.
- Deutscher Bundestag (2020). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/24663, unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/252/1925216.pdf>.
- Dietze, Gabriele (2020). Why Are Women Attracted to Right-Wing Populism? Sexual Exceptionalism, Emancipation Fatigue, and New Maternalism. In Gabriele Dietze & Julia Roth (Hrsg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond (S. 147–166). Bielefeld: Transcript.
- Dudek, Peter & Jaschke, Hans-Gerd (1982). Jugend rechtsaußen. Analysen, Essays, Kritik. Bensheim: Päd. Extra Buchverlag.
- Eicker, Jannis (2021). Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und ihre Systematisierung. Eine Untersuchung zum Stand der Theoriebildung in der Rechtsextremismusforschung. ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1 (1), S. 131–146.
- Elias, Norbert (1992). Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eribon, Didier (2016). Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Fielitz, Maik & Marcks, Holger (2020). Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Dudenverlag.
- Foitzik, Andreas; Leiprecht, Rudolf; Marvakis, Athanasios & Seid, Uwe (Hrsg.). (1992). „Ein Herrenvolk von Untertanen“. Rassismus, Nationalismus, Sexismus. Duisburg: DISS.
- Frindte, Wolfgang; Geschke, Daniel; Haußecker, Nicole & Schmidtke, Franziska (2016). Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. In Wolfgang Frindte, Daniel Geschke, Nicole Haußecker & Franziska Schmidtke (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ (S. 25–96). Wiesbaden: Springer VS.
- Fromm, Erich (1980). Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Garner, Ian (2023). Z Generation. Into the Heart of Russia's Fascist Youth. London: Hurst & Company.
- Geiger, Theodor (1932). Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart: Enke.
- Goodhart, David (2017). The road to somewhere. The new tribes shaping British politics. London: Penguin Books.
- Haas, Julia (2020). „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press.
- Hark, Sabine & Villa, Paula Irene (Hrsg.). (2025). Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript.
- Havertz, Ralf (2008). Der Anstoß. Botho Strauß? „Anschwellender Bocksgesang“ und die Neue Rechte. Eine kritische Diskursanalyse. Berlin: Traktor.
- Heinze, Anna-Sophie (2022). Zwischen Etablierung und Mainstreaming. Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 16(1), S. 161–175.

- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (1993). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.
- Hemmila, Tess & Perliger, Arie (2024). *Hybridization or Salad Bar Ideology? Testing Ideological Convergence Within the American Violent Far Right*. *Crime & Delinquency*. <https://doi.org/10.1177/00111287241271288>
- Hochschild, Arlie Russell (2017). *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt am Main: Campus.
- Horkheimer, Max & Adorno, Theodor W. (2003). *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Institut für Sozialforschung (1936). *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Paris: Librairie Félix Alcan.
- Jäger, Margarete (1996). *Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs*. Duisburg: DISS.
- Jäger, Margarete; Kroppenber, Max; Nothardt, Benno & Wamper, Regina (2019). #120 Dezibel: *Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream*. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.i.L.).
- Jänicke, Christin & Paul-Siewert, Benjamin (Hrsg.). (2022). *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jaschke, Hans-Gerd (1993). *Rechtsextremismus als soziale Bewegung. Was heißt das? Vorgänge*, 32(2), S. 105–116.
- Jörke, Dirk & Nachtwey, Oliver (2017). *Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien*. In Dirk Jörke & Oliver Nachtwey (Hrsg.), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie* (S. 163–186). Baden-Baden: Nomos.
- Kämper, Gabriele (2005). *Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten*. Köln: Böhlau.
- Kellershohn, Helmut (Hrsg.). (1994). *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der „Jungen Freiheit“*. Duisburg: DISS.
- Kiess, Johannes & Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: Edition überland.
- Koopmans, Ruud & Rucht, Dieter (1996). *Rechtsextremismus als soziale Bewegung?* In Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke & Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Sonderheft 27 der Politische Vierteljahrszeitschrift* (S. 256–287). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kracher, Veronika (2020). *Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults*. Mainz: Ventil Verlag.
- Lamberty, Pia, & Nocun, Katharina (2022). *Gefährlicher Glaube. Die Radikale Gedankenwelt der Esoterik*. Köln: Quadriga.
- Leidig, Eviane (2023). *The Women of the Far Right. Social Media Influencers and Online Radicalization*. New York: Columbia University Press.
- Mannheim, Karl (1984). *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2018). *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2017). *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie*. In Philipp Harfst; Ina Kubbe & Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites* (S. 9–23). Wiesbaden: Springer VS.
- Moffitt, Benjamin (2022). *How Do Mainstream Parties ‘Become’ Mainstream, and Pariah Parties ‘Become’ Pariahs? Conceptualizing the Processes of Mainstreaming and Pariahing in the Labelling of Political Parties*. *Government and Opposition*, 57(3), S. 385–403.

- Mondon, Aurelien (2023). Epistemologies of Ignorance in Far Right Studies. The Invisibilisation of Racism and Whiteness in Times of Populist Hype. *Acta Politica*, 58(4), S. 876–894.
- Mouffe, Chantal (2018). Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), S. 541–563.
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2019). *The Far Right Today*. Cambridge: Polity Press.
- Müller, Jan-Werner (2016). Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Norris, Pippa & Inglehart, Ronald (2018). *Cultural backlash. Trump, Brexit, and the rise of authoritarian-populism*. New York: Cambridge University Press.
- Önnerfors, Andreas (2021). Researching far-right hypermedia environments. A case-study of the German online platform einprozent.de. In Stephen D. Ashe, Joel Busher, Graham Macklin, & Aaron Winter (Hrsg.), *Researching the Far Right. Theory Method and Practice* (S. 178–193). London/New York: Routledge.
- Parsons, Talcott (1993). *On National Socialism*. New York: Aldine the Gruyter.
- Paul, Gerhard (1990). *Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus*. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.
- Pollock, Friedrich (1955). *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Priester, Karin (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Quent, Matthias (2016). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Quent, Matthias (2025, i.E.). *Rassismus und Rechtsextremismus(forschung)*. In Manuela Bojadžijev, Paul Mecheril, Patrice G. Poutrus & Matthias Quent (Hrsg.), *Handbuch Rassismusforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Reckwitz, Andreas (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rhein, Philipp (2023). *Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus*. Frankfurt am Main: Campus.
- Roepert, Leo (2022). *Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus*. Bielefeld: Transcript.
- Rommelspacher, Birgit (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Rösch, Viktoria (2023). Heimatromantik und rechter Lifestyle. Die rechte Influencerin zwischen Self-Branding und ideologischem Traditionalismus. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 15(2), S. 25–40
- Schauer, Alexandra (2021). Der Nationalsozialismus, „ein metaphysisches Geheimnis“? Verrohung als blinder Fleck der Soziologie. Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe „Davon wissen wir nichts? Rechtsterrorismus als Herausforderung für Soziologie und Gesellschaft“. In Birgit Blättel-Mink (Hrsg.), *Gesellschaft unter Spannung*. 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Berlin 2020. [https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband\\_2020/article/view/1374/1637](https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1374/1637).
- Schelsky, Helmut (1981). *Rückblicke eines Antisozialisten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scheuch, Erwin & Klingemann, Hans D. (1967). *Theorien des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 12, S. 11–29.
- Schilk, Felix (2017). *Souveränität statt Komplexität. Wie das Querfront-Magazin „Compact“ die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet*. Münster: Unrast Verlag.
- Schilk, Felix (2024). *Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative*. Bielefeld: Transcript.
- Schwenck, Anna (2024). *Flexible authoritarianism. Cultivating ambition and loyalty in Russia*. New York: Oxford University Press.

- Schwilk, Heimo & Schacht, Ulrich (Hrsg.). (1994). Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Berlin: Ullstein.
- Sieber, Roland (2016). Von „Unsterblichen“ und „Identitären“ – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten. In Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten (S. 365–375). Wiesbaden: Springer VS.
- Spier, Tim (2010). Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: Springer VS.
- Spissinger, Florian (2024). Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Stöss, Richard (2005). Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Strick, Simon (2021). Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus. Bielefeld: Transcript.
- Strobl, Natascha (2021). Radikalisierter Konservatismus. Berlin: Suhrkamp.
- Waibel, Harry (1996). Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln: Papyrossa.
- Weiß, Volker (2011). Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Wielens, Alia (2019). „Wo bleibt euer Aufschrei?“ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen. *femina politica*, 1, S. 111 Spissinger 120. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.10>

